

Die an Seine Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren ungerechtfertigt und anmaßend. Ihn einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung.

Die angebliche Notifikation an die Kabinette hat niemals stattgefunden, eben so wenig eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu verhandeln. Im Gegentheil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Seiner Majestät dem Könige persönlich und privatim im Bade Gms die Fragen besprochen.

Die deutsche Nation innerhalb und außerhalb des Norddeutschen Bundes hat erkannt, daß die Forderungen der französischen Regierung auf eine Demütigung gerichtet waren, welche die Nation nicht erträgt, und daß der Krieg, welcher niemals in den Absichten Preußens liegen konnte, uns von Frankreich aufgezwungen wird.

Die gesamte civilisierte Welt wird erkennen, daß die Gründe, welche Frankreich anführt, nicht existieren, sondern erfundene Vorwände sind.

Der Norddeutsche Bund und die mit ihm verbündeten Regierungen von Süddeutschland protestieren gegen den nicht provozierten Überfall des Deutschen Bundes und werden denselben mit allen Mitteln, die ihnen Gott verleihe hat, abwehren.

Es . . . werden ersucht, von dieser Depesche und ihren Anlagen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, Abschrift zu übergeben.

v. Bismarck.

283. Thronrede Wilhelms I. an den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Am 19. Juli 1870.

(Sieden II., S. 117 f.)

Geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

Als Ich Sie bei Ihrem letzten Zusammentreten an dieser Stelle im Namen der verbündeten Regierungen willkommen hieß, durfte Ich es mit freudigem Danke bezeugen, daß Meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker und den Bedürfnissen der Civilisation durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistand nicht gefehlt habe.

Wenn nichtsdestoweniger Kriegsdrohung und Kriegsgefahr den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt haben, Sie zu einer außerordentlichen Session zu berufen, so wird in Ihnen wie in Uns die Überzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens